Zum Betreff "Krieg an Universitäten" hatte ich in Ergänzung zur "Rädelsführer"-Kolumne am 30. Juli 2013 den Aktiven des AK Zivilklausel beim AStA der Uni Kiel geschrieben:

»Anbei das Handelsblatt und andere aufgrund einer aktuellen dpa-Meldung.

Habt ihr nun endlich die mit harten Fakten begründete Botschaft verstanden?

Die Unis werden durch Millionenbeträge aus dem Verteidigungsministerium am Leben erhalten.

Vorbildlich die Uni Kiel mit eingespielten 4 Millionen, u.a. für eine effektivere ressort- übergreifende Zusammenarbeit zur Aufstandsbekämpfung und Niederhaltung der elenden Steinewerfer gegen die friedlichen NATO-Truppen.

Begreift ihr denn immer noch nicht, dass ihr mit der Zivilklausel nicht nur die Finanzierungsgrundlagen Eurer braven Uni, sondern auch die Bundeswehr als Teil der Friedensbewegung und nicht zu vergessen als Teil des weltweiten NATO-Friedensbündnisses in Gefahr bringt?

Mit nachdenklichen Grüßen Dietrich«

Dr.-Ing. Dietrich Schulze <u>dietrich.schulze@gmx.de</u> Initiative gegen Militärforschung an Universitäten WebDoku www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/krieg-an-universitaeten-militaerforschung-bringt-hochschulen-millionen/8571192.html

KRIEG AN UNIVERSITÄTEN

Handelsblatt

Militärforschung bringt Hochschulen Millionen

30.07.2013

An deutschen Hochschulen gilt Forschungsfreiheit. Heißt das, über alles darf geforscht werden? Studenten fordern eine "Zivilklausel", die militärische Forschungsaufträge von den Hochschulen fernhalten soll.

Berlin/Kiel

Öffentliche Hochschulen in Deutschland erhalten jährlich in Millionenhöhe Forschungsaufträge mit militärischem Bezug. In den Jahren 2007 bis 2012 übertraf das Gesamtvolumen in vier Bereichen 35 Millionen Euro. Dies geht aus Angaben des Verteidigungsministeriums auf Anfrage der Nachrichtenagentur dpa hervor. Schwerpunkte waren die Wehrtechnik mit gut 19 Millionen Euro und die Medizin mit 15 Millionen.

Über die Zulässigkeit militärischer Forschung wird derzeit an mehreren Universitäten gestritten. In Kiel etwa

Afghanische Aufständische werfen mit Steinen auf ein US-Militär-Fahrzeug. Wie man solche Aufstände künftig verhindern kann, wurde nun erforscht – von der Uni Kiel. **Quelle: ap**

fordern Studenten eine "Zivilklausel", die anderswo schon gilt und solche Forschungsaufträge ausschließen soll.

Der wehrtechnischen Forschung und Technologie widmeten sich laut Verteidigungsministerium 124 Hochschulprojekte, 30 wurden allein 2012 vergeben. In der Medizin wurden im genannten Zeitraum 34 Projekte vergeben. Zudem gab es zehn Geologie-Projekte. Ferner wurde eine Studie zur Aufstandsbekämpfung erstellt – von der Uni Kiel. Dabei ging es vor dem Hintergrund des Afghanistan-Einsatzes auch um Empfehlungen an die Politik für eine effektivere ressortübergreifende Zusammenarbeit. Insgesamt erhielt die Hochschule im Norden knapp 4 Millionen Euro.

<u>dpa</u>

dito 30.07.2013 <u>Hamburger Abendblatt</u> <u>Märkische Oderzeitung</u>
neu 31.07.2013 shz.de Tagesspiegel Pinneberger Tagblatt Wedel-Schulauer Tageblatt